



Die Selbstbestimmung der Schweiz

Grundlage und Ausdruck der ausgeprägten Selbstbestimmung in der Schweiz ist das politische System von direkter Demokratie und Föderalismus.

Die Instrumente der direkten Demokratie, Referendum und Initiative, erlauben den Bürgerinnen und Bürgern einen grossen Einfluss auf den Staat, indem sie über die Gesetze ihrer Legislativen abstimmen können. Beispielsweise haben die Schweizer Stimmberechtigten seit dem Freihandelsabkommen von 1972 immer wieder über den bilateralen Weg der Schweiz im Verhältnis zur EU abgestimmt. Zusätzlich können die Stimmberechtigten mit dem Instrument der Volksinitiative selber aktiv werden und Änderungen vorschlagen.

In der Selbstbestimmung gründet auch die traditionelle Zurückhaltung der Schweiz gegenüber supranationalen Organisationen. So ist die Schweiz weder Mitglied der EU noch der NATO.

Der Föderalismus schweizerischer Prägung ist dem Gedanken der Subsidiarität verpflichtet; Geschäfte sollen auf der adäquater Stufe entschieden werden. Im Verhältnis zum Zentralstaat sind die Schweizer Kantone und Gemeinden darum sehr einflussreich, was international Seltenheitswert geniesst. Konkret heisst dies beispielsweise für das Schulsystem, die soziale Wohlfahrt oder das Strassensystem, dass Kantone und Gemeinden wesentlich mitreden und -entscheiden können.

Mit der Selbstbestimmung untrennbar verbunden ist die Selbstverantwortung der in der Schweiz lebenden Menschen, was sich in einer verhältnismässig tiefen Staatsquote niederschlägt. Die Stimmberechtigten entscheiden nämlich mit der Festlegung des Steuerfusses auf lokaler und kantonaler Ebene selber, wie viel Steuern sie bezahlen. Bis zu einem gewissen Grad sind die Menschen selber verantwortlich für ihre Altersvorsorge und für ihre Krankenversicherung, um zwei Beispiele zu nennen.

Die Hochhaltung von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zeigt sich auch darin, dass die Privatsphäre einen hohen Stellenwert geniesst. Der Staat hält sich mit der Einmischung in die Angelegenheiten seiner Bürgerinnen und Bürger zurück. Diese deklarieren mit ihrer Steuererklärung selber ihr steuerbares Einkommen und ihr Vermögen gegenüber dem Staat. Aufgrund des Bankkundengeheimnisses erhält der Staat nur in bestimmten Situationen Einblick in die finanzielle Situation seiner Steuerpflichtigen. In gesellschaftlichen Fragen äussern sich Selbstbestimmung und Selbstverantwortung in der verhältnismässig liberalen Drogenpolitik oder in der liberalen Regelung der passiven und indirekten aktiven Sterbehilfe. Damit wird einerseits das menschliche Leben geschützt, andererseits aber auch der Wille der Individuen respektiert.

Selbstbestimmung spielt auch in Wissenschaft und Forschung eine wichtige Rolle. Die Privatwirtschaft bezahlt einen grossen Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Bezüglich der öffentlichen Forschungsförderung ist der Schweizerische Nationalfonds und damit die wissenschaftliche Selbstverwaltung federführend. Die Politik akzeptiert, dass die politische Steuerung der Wissenschaft enge Grenzen kennt und die Wissenschaft in vielen Belangen ihren Weg selber finden muss.

